

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,00 M. Durch die Post bezogen wöchentlich 8,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich wöchentlich 8,00 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Spaltenbreite mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinskonten. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 124.

Dresden, Mittwoch den 31. Mai 1916

27. Jahrg.

Feuertätigkeit zwischen La Bassée und Arras.

(B. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 31. Mai 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Feindliche Torpedoboote, die sich der Küste näherten, wurden durch Artilleriefeuer vertrieben.

Die rege Feuertätigkeit im Abschnitt zwischen dem Kanal von La Bassée und Arras hält an. Unternehmungen deutscher Patrouillen bei Neuve-Chapelle und nördlich davon waren erfolgreich. 38 Engländer, darunter ein Offizier, wurden gefangen genommen, ein Maschinengewehr erbeutet. Links der Maas säuberten wir die südlich des Dorfes Comieres stehenden Breden und Büsche vom Gegner, wobei

Austausch der ältesten Jahrgänge des Landsturms

Berlin, 31. Mai. (Amtlich.) Aus verschiedenen Mitteilungen der Tagespresse und den in letzter Zeit beim Kriegsministerium sich häufenden Anfragen auf Entlassung älterer Landsturmlaute geht hervor, daß irrtümlich über den eingeleiteten Austausch der beiden Jahrgänge des preussischen Landsturms der Aufführung bedürftig.

Die Landsturmmannschaften der ältesten Jahrgänge sind seit geraumer Zeit, zum Teil schon seit Beginn des Krieges, in vorderster Reihe oder in dem anstrengendsten und wichtigsten Sicherungsdienst der Heimat und Generalgouvernements-Gebiete befaßt, (sowie ihre vollständige Ausbildung durch jüngere Landsturmmannschaften aus dem Heimatdienst angeht. Im allgemeinen ist daher die Ausbildung und Befähigung jüngerer Jahrgänge früher, demnach ist die der 1871 und 1872 geborenen Mannschaften durchzuführen oder in die Wege zu leiten. Der allseitige Jure des Austausches ist, diesen seit längerer Zeit im Felde lebenden Landsturmläuten der ältesten Jahrgänge die Entlassungen des Dienstes bei den Truppen des Heimatdienstes zu verschaffen, nicht aber, wie fälschlicherweise angenommen worden ist, ihre Entlassung aus dem Heimatdienst beschleunigen. Er betrifft nicht Landsturmmannschaften älterer Jahrgänge, die noch gar nicht eingezogen waren.

Wie weiterhin in der breiten Öffentlichkeit damit in Zusammenhang gebrachten Meinungen über unzulässige Missetzung und Streifenstellung der seit 1869 Geborenen, über beschleunigte Entlassung der ältesten Jahrgänge des Landsturms usw. sind irrig. Die Gültigkeit der Wehrpflichtiger, auch wenn sie zur Zeit über 45 Jahre alt geworden sind, ist nach § 27 des Gesetzes, betreffend Wenderung der Wehrpflicht, vom 11. Februar 1883 zulässig.

3 Offiziere, 88 Mann in unsere Hand fielen. Beim Angriff am 29. Mai erbeuteten wir ein im Gourettes-Büschchen eingebautes Marinegeschütz, 18 Maschinengewehre, eine Anzahl Minenwerfer und viel sonstiges Gerät.

Auf beiden Maausfern blieb die Artillerietätigkeit sehr lebhaft.

Westlicher Kriegsschauplatz:

und

Balkan-Kriegsschauplatz:

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Oberste Seereschreibung.

Die Entlassung nicht kriegsverwendungsfähiger Mannschaften, die für militärische Aufgaben nicht gebraucht werden, aus den Erlosstruppen kann ohne Rücksicht auf das Lebensalter von den stellvertretenden Generalkommandos genehmigt werden. (B. T. B.)

U-Boots-Tätigkeit.

London, 31. Mai. Lloyd's meldet: Der Dampfer Talegarth, 2265 Tonnem, ist gesunken. — Der englische Dampfer Southgarth, 2414 Tonnem, ist gesunken. Die aus 22 Mann bestehende Besatzung ist gerettet.

Der französische Seeresbericht.

Paris, 31. Mai. Amtlicher Kriegsbericht von gestern nachmittags: Auf dem linken Maasufer verdrängte sich gestern am Ende des Tages die Heftigkeit der Beschichtung zwischen dem Toten Mann und Comieres. Der Feind unternahm kurz darauf auf die Westseite der Stellung ein eingetragenes Divisionen einen sehr mächtigen Angriff. Auf dem linken Hügel der französischen Linie wurden alle Stürme auf die Abhänge östlich des Toten Mannes durch unser Feuer gebrochen. Weiter östlich in der Gegend des Gourettes-Büsches zogen sich die Franzosen nach mehreren fruchtlosen Angriffen der Deutschen, die bedeutende Verluste erlitten, südlich des Weges Bethincourt-Comieres zurück. Auf dem rechten Hügel glückte es den wiederholten Bemühungen der Deutschen nicht, die Franzosen aus dem Waldbois südlich von Comieres zu verdrängen. Die Beschichtung blieb die Nacht hindurch fest. Auf dem rechten Maasufer war der Artilleriekampf sehr lebhaft in der Gegend westlich des Dorfs Douaumont. An der übrigen Front war die Nacht verhältnismäßig ruhig.

Die Zensurdebatte über Kriegsziele.

Es war in der fünften Stunde der Dienstag-Verhandlungen — der Reichstag befand sich am dritten Tage der Zensurdebatte, und der nationalliberale Scharfmacher Hirsch hielt gerade eine Rede für Amerikaner und rüchichtslose U-Bootspolitik, die der linken Anlauf zu zahlreichen Zwischenfällen gab — als der Vizepräsident Dr. Dode zur Klingel griff und die Redner eindringlich ermahnte, sich doch mehr an das eigentliche Thema der Verhandlungen zu halten, da die Debatte immer mehr den Charakter einer Erörterung über auswärtige Politik und Kriegsziele angenommen habe. In der Tat hätte ein unbefangener Zuhörer am Dienstag noch außer aus den präsidialen Jurisdiktionserwägungen kaum noch erkennen können, daß die Frage der Zensur auf der Tagesordnung des Reichstags stand; viel eher hätte es den Anschein als würden die Unterseebootsfrage und das Verhältnis Deutschlands zu den Vereinigten Staaten mit aller Leidenschaftlichkeit diskutiert, nachdem — immer vom Standpunkt der naiven Zuhörer aus — die tatsächlich angenommene Kompromiß-Resolution zum U-Bootsstreit wieder annulliert worden sei. Die Wendung der Debatte nun hatte allerdings schon am Donnerstag ihren Anfang genommen. Abg. Roste, der am Dienstag als Redner der sozialdemokratischen Fraktion über die Neutralität hinauslief. Genosse Roste unterstrich noch die Bedeutung der Frage der Zensur auf der Tagesordnung des Reichstags, wie es die Abgeordneten Dertel, Hirsch und Berlin, die Redner der aus Verschärfung des Krieges hinarbeitenden Parteien vom Donnerstag, verstanden hätten, und aus der Zensurdebatte eine U-Bootsdebatte und aus der Gelegenheit der Propaganda ihrer Kriegsziele zu machen. Dies nötigte auch ihn, auf diese Frage einzugehen und gegen die Anschuldigungen der genannten Herren Widerspruch zu erheben, namentlich auch gegen die Art, wie sie die amerikanische Friedensvermittlung zurückwiesen, die auf eine Preisierung der Neutralität hinauslief. Genosse Roste unterstrich noch, wie wenig ernst es den Konservativen mit ihrer Forderung aus größerer Freiheit der öffentlichen Meinung sei. Nach ihm trug der Fortschrittler Gothein die Verlesung eine Anzahl Klagen vor, besonders über die National-Folge der deutschen Friedensgesellschaft. Der Nationalliberale Stresemann suchte mit allerhand diplomatischen Feinheiten nachzuweisen, daß die Herren Hirsch und Dertel gar nicht in dem Maße von Amerikanern und für eine ganz einheitliche „freie Meinungsäußerung“ gesprochen hätten, wie Roste behauptet habe; aber er fand eine ganz unerwartete Widerlegung durch seinen Nachredner, den Konservativen v. Graefe, einen galanten Junker. Dieser Herr plägte mit einer Deutlichkeit in die Debatte herein, daß seine eignen Freunde eine

gefunde Wäsche überlaufen haben mag, während er redete er bejaumerte, daß die Flaumacherei überall durchgelassen würde, während die Zensur jedes „starke, das ist eigentlich deutsche Wort“ unterdrückt, und rief nach einer neuen Forderung des furor teutonius, den die Regierung zur Geltung kommen lassen müsse. Dann aber wurde Herr v. Graefe noch bedeutend deutlicher und rief eine direkte Klatsche gegen den Staatssekretär des Auswärtigen, Herrn v. Jagow, gegen den Reichskanzler und schließlich gegen eine Persönlichkeit, die angeblich für die Konservativen außerhalb jeder Debatte steht. Durch eine Erinnerung an die Demütigung der preussischen Politik zu Ostern Anno 1851 gab er deutlich zu verstehen, wohin seiner Ansicht nach die Politik der leitenden Kreise führe. Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Helfferich, wartete noch einen Redner, den Genossen Stadthagen von der Soz. Arbeitergemeinschaft, ab, um dann mit großer Heftigkeit und gegen links und rechts sich zu verteidigen. Aber trotz diesen äußerlichen Gleichgewicht war doch klar, daß die Hauptfrage seiner Vorwürfe der konservativen Fronde galt. Gerade in der Reichstagsdebatte sieht Herr Helfferich die beste Begründung für die Aufrechterhaltung der Zensur; alles, was er sachlich verspricht, ist ein allmählicher Abbau der größten Gärten. Mit dem Graefischen Vorstoß war die Debatte unrettbar der allgemeinen auswärtigen Politik verfallen.

Genosse David fand treffliche Worte gegen die Scharfmacherei der nationalliberal-konservativen Fronde: erst die ganze Welt zu provozieren, um dann mit blinder Wut loszugehen, ist eine Politik der Trivität. „Olmützig ist das Ergebnis konservativer Politik. Herr v. Graefes Politik würde zu einem noch schlimmeren Olmützig führen!“ rief er der Rechten zu. In dem Nationalliberalen Hirsch, dem bekannten Syndikus der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, erkannte Herr v. Graefe ein Helfer; seine extremen Scharfmachereien, Ausfährungen entsetzten den lauten Protest der linken. Genosse Dittmann von der sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft unterstrich nochmals, daß es Herr Hirsch und seine Gefinnungsgenossen sind, die einen baldigen Frieden verhindern. Auch der Staatssekretär des Innern sah sich veranlaßt, noch mehrfach in die Debatte einzugreifen. Die Rechte, die wohl merken mochte, daß sie mit der Rede des Herrn v. Graefe zu weit gegangen war, trat durch den Grafen Westerb eine „Rückzugslinien“ an, wie Genosse Roste dessen Rede treffend charakterisierte. Derselbe erklärte dem Abg. Hirsch auf dessen Bitte um nähere Begründung eines Zwischenrufs, der Herrn Hirsch sehr nervös gemacht hatte, mit

aller Deutlichkeit ins Gesicht, daß gewisse Aeußerungen allerdings den Eindruck erwecken, daß der Krieg gewissen Leuten nicht lange genug dauern kann, weil sie Millionen an ihm verdienen.

Die Abstimmung endete, wie vorauszu sehen, damit, daß die ziemlich nichtschlagenden Resolutionen der Kommission, welche Zensur und Belagerungszustand im Prinzip beibehalten und nur einige Milderungen in der Handhabung herbeizuführen suchten, angenommen wurden, nachdem alle weitergehenden Anträge abgelehnt worden waren. Das ist das äußere Resultat. Das innere Ergebnis der dreitägigen Debatte ist freilich ein ganz anderes: es zeigt das Fortbestehen der U-Bootsfronde in voller Kraft.

Die Opposition des konservativ-nationalliberalen Blocks gegen die auswärtige Politik der Regierung war längst kein Geheimnis mehr. Jetzt ist sie in den Reichstagsdebatten so scharf und doch in der Erklärung getreten, daß man mit ihr als einer der bedeutendsten Tatsachen der Politik rechnen muß. Die Herren sehen voraus, daß der Krieg nicht zur Erreichung ihrer Kriegsziele führen wird, sie sehen in der gelungenen Verteidigung des Reiches noch keinen ausreichenden Kriegsertrag, und sie bereiten sich darauf vor, die Regierung für das, was nach ihrer Meinung fehlt, zur Verantwortung zu ziehen. Sie hoffen auf diese Weise, also im Kampfe gegen die Regierung, große Massen unter ihre Fahnen führen zu können.

Allerdings, wer die Ziele des Kriegs so aufgefaßt hat wie jene Herren, dem wird zum Schluß das Erreichte als gering, der großen Opfer nicht wert erscheinen. Aber die Sozialdemokratie, die in der Reichstagsdebatte mit einer Reihe von Rednern wirkungsvoll hervortrat, hat bekanntlich die Kriegsziele von vornherein ganz anders aufgefaßt. Sie sieht in dem Krieg einen — sei es aus welchen Ursachen immer — notwendig gewordenen Kampf um die Erhaltung des Reiches, und sie will nicht, daß mehr Opfer gebracht werden, als sie zur Erreichung dieses Zweckes unbedingt notwendig sind. Sie ist überzeugt, daß sie mit dieser Auffassung die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich hat.

Was macht nun die Regierung? Durch die Schärfe der Angriffe, die Herr v. Graefe gegen sie richtete, heraufgefordert, hat sie sich durch den Vizekanzler Helfferich zum erstenmal seit Ausbruch des Krieges öffentlich in eine Kampfstellung gegen die Konservativen begeben. Herr Helfferich, der mit sichtbar großer Erregung sprach, legte dabei das Gelöbnis ab, daß sich die Regierung durch jene Angriffe nicht von den Bahnen ablenken lassen werde, die sie als die richtigen erkannt habe. Nach seiner Ueberzeugung würde die Regierung durch jede Schwäche, die sie jenen Bestrebungen gegenüber zeige, die Interessen des Reiches schädigen. Diese Erklärung wird man festhalten müssen. Die sozialdemokratische Partei wird die Interessen des Reiches wahren, indem sie dafür eintritt, daß die Erklärung des Vizekanzlers zur Tat wird.

Wenn auch Herr Helfferich in Städtagens Rede den erwünschten Anlaß gefunden hat, zugleich nach rechts und nach links zu schlagen, und wenn auch in der inneren Politik der Regierung die Zensur mitbegriffen, nichts ist, was uns gefüllt, so darf darum die Bedeutung der Rede des Herrn Helfferich nicht unterschätzt werden. Sie könnte auch dem gegnerischen Anlaß Anlaß zu werden. Sie könnte auch dem gegnerischen Anlaß Anlaß zu werden. Sie könnte auch dem gegnerischen Anlaß Anlaß zu werden. Sie könnte auch dem gegnerischen Anlaß Anlaß zu werden.

Vielleicht werden jene Völker dann auch in der deutschen Sozialdemokratie nicht mehr die Partei sehen, die einen heimtücklichen Angriff des Deutschen Reiches auf die übrige Welt mit vorbereitet hat und durch den Krieg eine deutsche Welt Herrschaft errichten will. Vielleicht erkennt man allmählich, daß die deutsche Arbeiterklasse durch ihre parlamentarische Vertretung nur das tut, was zur Erhaltung des Reiches notwendig ist, daß sie aber unabhingig zum Frieden drängt.

Die Steuerdebatte im Reichstag.

Berlin, 31. Mai. (Reichstagsgramm der Dresdner Volkszeitung.) Im Reichstag begann heute vormittag die Steuerdebatte. In der Generaldiskussion verteidigte zunächst Abg. Herold (Zentr.) die Kompromißvorschlüge. Bundesstaaten und Gemeinden seien auf die direkten Steuern angewiesen, den Reiche verließen die indirekten. Daran wurde durch die Befehle der Steuerkommission nichts geändert, denn die Belastung des Volkes mit ihrer einmaligen Abgabe solle keine Präzedenz für die Zukunft sein. Die Kriegsgewinnsteuer bedeute eine sehr starke Belastung des Volkes, die nicht überspannt werden dürfe. Die Umfassener hält Redner für außerordentlich erregt und bestreitet, daß sie eine fühlbare Belastung der Massen bedeute. Nachdem Herold noch die Tabaksteuer und die Verbrauchsteuer verteidigt hat, erklärte er, daß die jetzigen Steuern nur ein sehr schwacher Anfang seien. Nach dem Krieg lägen ganz andere Summen in Frage, und daß jegliche Kompromiß der bürgerlichen Parteien laße hoffen, daß sie auch nach dem Krieg die dann an das Reich heranreichenden Aufgaben gemeinsam lösen würden.

Genosse Stolten übte scharfe Kritik an den ganzen Vorlagen, die ohne weiteres erkennen ließen, wie wenig die Regierung die Wünsche des Volkes kenne. Die Vorlagen bewegten sich im alten Geiste, lasse jede Spur schöpferischen Willens vermissen und insbesondere merke man ihnen nichts von der so oft erwähnten Neuorientierung an. Jedemfalls kann bei diesen Steuern von Gerechtigkeit nicht gesprochen werden. Die Umfassener ist eine gefährliche